

## Das sach auch man

Nein, was war das Tierchen possibly! Das musste Hinnak einfach haben. Nicht für sich, sondern für seine Tochter: Ein „Sprechender Kuschelbär“ wurde auf der Packung im Spielwarenladen angepriesen – das Kind wird den neuen Kameraden lieben, das war sicher.

Tatsächlich war die Kleine hellauf begeistert, als Hinnak ihr das Bärlein in die Hand drückte. Und Töchterchen drückte ebenfalls, und zwar das Tier: „Hallo!“ krächzte es aus dem Lautsprecher unter dem Pelz. „Grrrrmpflmmpff! Hahaha!“ Das Kind guckte

sparsam. „Papa, was hat der gesagt?“ Hinnak nahm die Sache und den Bären selbst in die Hand. „Warte mal.“ Er drückte. „Rmbplffgrmg.“ Er drückte noch einmal „Mbbllmgnfft, Hahaha!“ Der Papa schüttelte das Tier und klopfte auf das elektrische Innenleben – ohne Effekt, weder er noch seine Tochter verstanden ein Wort.

Er resignierte, das Kind aber blieb angetan und brummelte mit. Vielleicht, dachte der Vater, ist es gar kein Defekt, sondern ein Druckfehler gewesen. Dann kaufte eben einen sprechenden Nuschelbären...  
Hinnak



Übergeben die Unterschriftenlisten: Bürgermeister Tim Kähler nimmt den Ordner von Jens Meihöfener, Vorstandsmittglied im Kanu-Klub, entgegen. Links demonstrieren Naturschützer für die Absenkung des Werre-Wasserspiegels oberhalb des Wehres, rechts die Hauseigentümer und Wassersportler dagegen.

### Tür zur Bahnhofsbuchhandlung eingeschlagen

Herford (nw). In der Nacht zum Samstag haben unbekannte Täter die Glasscheibe der Eingangstür einer Buchhandlung im Bahnhof Herford eingeschlagen. Die Polizei beziffert den entstandenen Sachschaden auf mehrere hundert Euro. Zur Ermittlung der Täter bitten die Beamten um Hinweise. Zeugen können sich mit ihren Beobachtungen an das Kriminalkommissariat in Herford unter Tel. (0 52 21) 88 80 wenden.

### ACHTUNG BLITZER Der NW-Verkehrsservice

Kreis Herford (nw). Am Dienstag wird die Geschwindigkeit der Autofahrer von der Polizei an folgenden Stellen überprüft: **Kirchlengern:** B 239. **Spenge:** Herforder Straße. Der Kreis Herford blitzt unter anderem hier: **Bünde:** Rödinghauser Straße, Lübbecke Straße. **Kirchlengern:** Hüllerstraße. **Enger:** Werther Straße, Jollenbecker Straße. **Hiddenhausen:** Milchstraße.

### Ansichtskarten zeigen das alte Herford

Herford (nw). Im Rahmen der Vortragsreihe „Ansichtssachen“ nimmt Mathias Polster am Dienstag, 13. Februar, Interessierte um 19 Uhr mit auf den ersten Teil eines historischen Spaziergangs durch das alte Herford. Seit Ende des 19. Jahrhunderts wurden hunderttausende Karten mit Ansichten Herfords verschickt. Einige davon sind nach Jahrzehnten zurückgekehrt. Bei der Veranstaltung in der Aula der Volkshochschule, Müns-terkirchplatz 1, gibt Polster Einblicke in seine Sammlung.

## Frische Kräfte für die Stadtverwaltung

Stellenplan: Die Stadt will 2018 insgesamt 21 neue Stellen schaffen, zwei davon bei der City-Wache

Herford (he). Für eine „Sachgerechte Ausstattung der Verwaltung zur ordnungsgemäßen Erledigung der Aufgaben“ sowie eine „tarifgerechte Bezahlung“ soll die Stadt Herford ihr Personal um 21 Stellen aufstocken. Dies geht aus dem Stellenplan für das Jahr 2018 hervor, den Kammerer Matthias Möllers dem Stadtrat in seiner kommenden Sitzung am Freitag, 23. Februar, zur Abstimmung vorlegen wird.

Insgesamt sollen die Planstellen sogar um 23 Positionen auf 514 erhöht werden. Bei 1,88 Stellen handelt es sich indes nicht um neue Posten, sondern um „redaktionelle Änderungen“, die aus Veränderungen bei der individuellen Arbeitszeit der städtischen Mitarbeiter herrühren. Im laufenden Jahr schlagen die personellen Änderungen mit rund 400.000 Euro zu Buche, da die Umsetzung erst zeitversetzt möglich ist. Im kommenden Jahr betragen die Kosten dann rund 750.000 Euro.

In den Vorschlägen der Verwaltung zum Stellenplan werden die Kosten für Beförderungen von insgesamt 19 Beamten und tariflich Beschäftigten mit rund 67.000 Euro aufgeführt. Bei den neu eingerichteten Planstellen wird vor allem beim Dezernat Bildung, Jugend und Soziales mit neun vollen und vier Teilzeitstellen

aufgestockt, hier vor allem in den Bereichen Kitas und Integration. Auch im Dezernat für Bauen und Ordnung wird eingestellt. Neben einer Kraft für die zentrale Submissionsstelle soll auch ein neuer Denkmalpfleger eingestellt werden, der sich um die „fast 500 Baudenkmäler“ der Stadt sowie um Themen der Stadtentwicklung kümmern soll. Für mehr Sicherheit und Ordnung sollen wiederum zwei neue Mitarbeiter in der City-Wache durch „verstärkte Präsenz“ und „mehr Kontrollen und Ansprachen hinsichtlich Müll, Hundekot, Kaugummi“ sorgen. Die zusätzlichen wachen Augen sollen sich nicht nur für das Ziel „Herford soll sauberer werden“ rechnen: Die Personalkosten sollen laut dem Stellenplan durch die erwartbar höheren Verwarn- und Bußgelder „teilweise gegenfinanziert“ werden.

Im Dezernat Finanzen und Zentrale Dienste sollen hinsichtlich der „Verstärkung des Engagements im Ausbildungsbereich“ jährlich drei Azubis für den Beruf des Notfallsanitäters eingestellt und ihre Zahl schrittweise auf neun erhöht werden. In der Verwaltung selbst würden aufgrund der sehr guten Bewerbungslage für das duale Studium zum „Bachelor of Laws“ für 2018 drei statt der geplanten zwei Nachwuchskräfte eingestellt.

# Wehr-Umbau: Positionen verdeutlicht

Werre-Absenkung: Wassersportler übergeben Liste mit mehr als 4.500 Unterschriften dagegen. Naturschützer plädieren hingegen für eine Planungsvariante, die einen niedrigeren Wasserspiegel mit sich bringt

Von Corina Lass (Text) und Frank-Michael Kiel-Stenkamp (Fotos)

Herford. Gegner und Befürworter einer Werre-Absenkung oberhalb des Bergertors trafen gestern mit dem Bürgermeister auf den Treppen des Rathauses zusammen. Beide Seiten waren gut vorbereitet. Mit Plakaten und Bannern traten sie für ihre Auffassungen ein. Die Gegner der Absenkung übergaben Tim Kähler zudem eine Liste mit Unterschriften, die Jens Meihöfener mit 4.519 bezifferte.

Der Vorstand des Kanu-Klubs betonte, dass es nicht darum gehe, sich beim Umbau des Bergertor-Wehres einer ökologischen Planung in den Weg zu stellen. Auch die von den Wassersportlern bevorzugte Umbau-Variante 3b sehe Durchlässigkeit für Fische und Kleinlebewesen vor, allerdings ohne Absenkung des Wasserspiegels.

Diese Absenkung bevorzugen aber die Naturschützer. Denn für sie gehören zur Renaturierung eine natürliche

Fließgeschwindigkeit und ein höherer Sauerstoffgehalt im Wasser. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und der Naturschutzbund (Nabu) hatten den Medienvertretern ihre Argumente für die Planungsvariante 3a und eine Werre-Absenkung bereits vor der Unterschriften-Übergabe zugesandt.

Kähler stand auf der Rathaustrampe zwischen den Parteien – und fand diplomatische Worte: Demokratie erfordere immer einen Kompromiss, sagte er. Rat und Verwaltung müssten genau abwägen, was gesetzlich gefordert, ökologisch gewollt und ökonomisch vertretbar sei. Dabei würden sie die Interessen der Sportler ebenso berücksichtigen wie die der Hauseigentümer.

Das Bedürfnis nach Natur und das nach Stadtleben müssten sie verbinden, sagte der Bürgermeister. Er betonte aber auch, dass es unterschiedliche Auffassungen dazu gebe, was nach einer Absenkung des Wasserpegels an Wassersport möglich sei. Zudem lägen ihm



Dafür oder dagegen: Über die Werre-Absenkung wird auf den Stufen des Rathauses heftig diskutiert.

Gutachten mit unterschiedlichen Aussagen zu den Auswirkungen einer Werre-Absenkung vor. „Die einen sagen so, die anderen sagen so – wie das so ist bei Gutachten.“

Auch die Förderung würden sie zu berücksichtigen haben. „Das muss eine gut abgewogene Entscheidung sein“, sagte Kähler. Den Anwesenden versprach er, dass sie nicht einfach werde, aber nachhaltig. Zuvor würden die Her-

forder in einer Bürgeranhörung beteiligt. Und zur Entscheidung werde eine Sonder-sitzung des Stadtrates einberufen. Kähler sagte auch, dass an beiden Wehren in der Stadt vielleicht unterschiedlich, aber nach dem gleichen Recht entschieden werde.

Den Anwesenden dankte er, dass sie ihrer Position vor dem Rathaus Nachdruck verliehen. „Toll, wie viele sich um das Thema kümmern.“

Die Wassersportler, die den Termin ursprünglich zwecks Übergabe ihrer Unterschriftenliste anberaumt hatten, nutzten die Gelegenheit, den Medienvertretern noch einmal ihre Argumente darzulegen. „Auch die Variante 3b ohne Werre-Absenkung entspricht der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie“, sagte Meihöfener.

Die Probeabsenkung habe zudem gezeigt, dass sich das Fließtempo der Werre dadurch nur sehr gering erhöhe. „Wir bezweifeln eine ökologische Verbesserung.“

Auch würden die Naturschützer bei der Berechnung der Kosten der verschiedenen Planungsvarianten nicht berücksichtigen, dass nach Absenkung des Wasserspiegels die Uferbefestigung erneuert werden müsse.

Unklar sei außerdem noch, ob die Hauseigentümer nicht die Kosten der Beweissicherungsverfahren für die jetzt schon bestehenden Schäden an ihren Häusern im Vorfeld der Werre-Absenkung übernehmen müssten. > 5. Lokalseite

## Von völlig flexiblen Abholzeiten im Ganztage nicht angetan

Offener Ganztage an Grundschulen: Die Landesregierung wünscht sich mehr Flexibilität für außerschulische Angebote, will aber gleichzeitig die Kontinuität der außerunterrichtlichen Angebote im Ganztage aufrecht erhalten wissen

Herford (cla). Die Landesregierung hat angekündigt, die offenen Ganztagsgrundschulen quantitativ auszubauen, qualitativ zu stärken und Eltern zu ermöglichen, ihre Kinder flexibler als bisher daran teilnehmen zu lassen. Dazu hat es nun eine Anhörung gegeben, in der sich die Stadt als Schulträger auch gegenüber dem Städtetag geäußert hat.

Zuvor hatte sich die Schulverwaltung mit den Schulleitungen der städtischen Grundschulen und dem Qualitätszirkel Offener Ganztage abgestimmt. Die Beteiligten begrüßen demnach das Ziel der Landesregierung, die offenen Ganztagsgrundschulen qualitativ zu stärken. Sie begrüßen auch ihre Absicht, genauer festzuschreiben, dass außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote auch innerhalb der verpflichtenden Anwesenheitszeiten möglich sind.

Den Punkt der Flexibilisierung sehen die Herforder allerdings kritisch: In der Werrestadt sei die Offene Ganztagschule in erster Linie als Bildungsangebot konzipiert, damit grenze sie sich von anderen Betreuungsangeboten ab. Völlig flexible Abholzeiten würden die verlässlichen Abläufe erheblich beeinträchtigen, heißt es in der Stellungnahme der Stadt gegenüber dem Städtetag.

Dies gelte besonders für die Ganztagsklassen. Davon gibt es in Herford 40, denen zum guten Teil rhythmisierte Angebote gemacht würden. Die pädagogische Arbeit würde durch eine umfangreiche Flexibilisierung der Abholzeiten erheblich beeinträchtigt.

Die Verantwortlichen in den

Grundschulen befürchten zudem große Belastungen für die Mitarbeiter im Ganztage: Würden Eltern ihre Kinder zu jeder Zeit und immer wieder anders abholen können, wäre das Personal überwiegend damit beschäftigt, das zu organisieren und nachzuhalten. Die Planung und Durchführung außerunterrichtlicher Bildungsangebote brauche verlässliche Rahmenbedingungen, auch wegen der Zusam-

menarbeit mit außerschulischen Kooperationspartnern.

Der Vorschlag der Herforder ist daher, dass Eltern eine vorzeitige Abholzeit an einzelnen, vorher festgelegten Tagen einvernehmlich mit den Verantwortlichen im Offenen Ganztage und in Abwägung mit dann stattfindenden Bildungsangeboten vereinbaren, so dass dies für einen bestimmten Zeitraum festgeschrieben werden kann.

Die Landesregierung will Kindern unter anderem ermöglichen, dass sie am herkunftssprachlichen Unterricht, an außerschulischen Bildungsangeboten wie Sport im Verein oder Instrumentalunterricht an der Musikschule, an ehrenamtlichen Tätigkeiten zum Beispiel in Kirchen, Vereinen und Jugendgruppen, an Therapien oder auch an Familienfeiern teilnehmen können.

Der Spagat besteht darin, dass sie gleichzeitig von den Ganztagsgrundschulen, Schulträgern und Schulen fordern wollen, dass diese in Absprache mit den Eltern dafür sorgen, die Kontinuität der außerunterrichtlichen Angebote aufrecht erhalten. Die Stellungnahme der Stadt gegenüber dem Städtetag ist Thema in der nächsten Schulausschusssitzung.

### Änderungen an Gymnasien

Der Schulausschuss beschäftigt sich in seiner nächsten Sitzung mit den Änderungen, die an den Gymnasien zum Schuljahr 2019/20 vorgesehen sind. Insbesondere dürfte es dabei um die Rückkehr

zum Abitur nach neun Jahren gehen. Das Gremium tagt am Dienstag, 13. Februar, ab 17 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses. Die Sitzung ist öffentlich. (cla)